Stand: 15.12.2025 18:03:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8939

"Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8939 vom 11.11.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 12.11.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9660 des WI vom 26.11.2015
4. Beschluss des Plenums 17/9870 vom 02.02.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 02.02.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.11.2015 **Drucksache 17/8939**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die um 92,6 Mio. Euro auf nunmehr 1.224,0 Mio. Euro gestiegenen Regionalisierungsmittel neben den bisher formulierten und weiterhin gültigen Schwerpunktausgaben bevorzugt für die bessere Vernetzung des Schienenpersonenverkehrs mit dem Öffentlichen Personenverkehr zu investieren.

Dazu gehören die intelligente und auslastungsabhängige Kombination – etwa in puncto Fahrpläne – des schienengebundenen Verkehrs mit dem Straßenverkehr per Bus, Kleinbus und Sammeltaxis sowie die intermodulare Gestaltung von Haltestellen mit dem Fokus auf Parkplätze und Fahrradnutzung.

Zusätzlich ist der Wiederinbetriebnahme von stillgelegten Schienenstrecken und somit der Weiternutzung wertvoller Infrastruktur im Sinne bürger- und umweltfreundlichen Transports hohes Augenmerk zu widmen. Als Beispiele mögen die Hesselbergbahn und die Ilztalbahn dienen.

Schließlich sind weiterhin die Anstrengungen zu erhöhen, die im Laufe der vergangenen Jahre mit Stand 2014 auf 502,3 Mio. Euro gestiegenen Ausgabereste der Regionalisierungsmittel schneller zu verbauen, indem Baufortschrittsverzögerungen jedweder Art minimiert werden.

Begründung:

Mit Beschluss der Verkehrsministerkonferenz von Bund und Ländern und Bestätigung durch das Bundeskabinett der Großen Koalition sowie dem Bundesrat wurde nach langem Tauziehen endlich eine zukunftsfähige Fortentwicklung der Finanzierung des Schienenregionalverkehrs inclusive einer Dynamisierung getroffen. Der auf Bayern entfallende Steigerungsbetrag im Haushaltsjahr 2016 von 92.636,0 Tsd. Euro in den Kapiteln 03 67 und 07 07 ist bezogen auf SPNV und ÖPNV gegenseitig deckungsfähig und kann für die Intensivierung der bisherigen Schwerpunktsetzungen Stationsoffensive, barrierefreier Ausbau von Bahnhöfen, Bahnknoten München, Infrastrukturmaßnahmen S-Bahn Nürnberg, Investitionshilfen an nicht bundeseigene Eisenbahnen und Vorfinanzierung der Elektrifizierung München – Lindau verwendet werden, darüber hinaus für die bessere Vernetzung von SPNV und ÖPNV, die Wiederinbetriebnahme von Bahnstrecken mit hohem Fahrgastpotenzial und dem progressivem Abbau von Haushaltsresten in diesem Sektor genutzt werden.

Darüber hinaus bieten die zusätzlichen Mittel die Chance, den auf nur noch 7 Prozent geschrumpften Anteil der Investitionen gegenüber 93 Prozent Anteil Betriebskosten wieder anzuheben. Weiterhin ergibt sich die Gelegenheit, zusätzliche Effizienzsteigerungen bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen im Wettbewerb zu nutzen, um die Bestellentgelte pro Zug-Kilometer für Trasse und Station nicht weiter auszudehnen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

den sind, an den Realschulen und den Gymnasien unterstützen wollen. Diese Modelle wollen wir im kommenden Schuljahr deutlich ausweiten. Das ist unsere Gesamtkonzeption.

Das momentane System beruht auf den Erfahrungen mit den Flüchtlingsbewegungen der Neunzigerjahre. Damals wurde die Definition der Schulpflicht im jetzigen Umfang und der jetzigen Konfiguration entwickelt. Eine nachhaltige Beschulung und das Einsetzen der Schulpflicht ist danach vorgesehen, wenn ein längerer Verbleib in einer Einrichtung, zum Beispiel einer Gemeinschaftsunterkunft, sicher ist. Dann sollen die Integrationsleistungen möglichst früh einsetzen. Die frühe Begegnung der Kinder mit der deutschen Sprache im Rahmen eines staatlichen Angebots ist jedoch an allen Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern State of the Art.

Frau Kollegin Wild, Sie haben richtigerweise festgestellt, dass es daneben Angebote dritter Träger, zum Beispiel der Inneren Mission oder Ehrenamtlicher, zum Erlernen der deutschen Sprache gibt. Außerdem haben wir in Bayern rund 70 Bildungsregionen, die wir darauf hingewiesen haben, dass die Integration der jungen Flüchtlinge in den allgemeinbildenden Schulen und auf ihrem Weg durch die duale Ausbildung eine Aufgabe ist, die zusammen mit den Experten in den Bildungsregionen in den Landkreisen und kreisfreien Städte angegangen werden sollte. Wir haben des Weiteren die Entwicklungen der Schulpflicht im Hinblick auf die aktuellen Anforderungen im Blick. Die Anforderungen sind heute möglicherweise andere als in den Neunzigerjahren, als die Schulpflicht neu gefasst wurde. Wir werden darauf reagieren. Das ist die momentane Situation. Ich würde das, zumindest in Umrissen, als Konzept bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Nachdem die CSU jetzt eine namentliche Abstimmung beantragt hat - -

(Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass ich die Pflicht habe, dies so mitzuteilen. Das tue ich hiermit.

(Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Einmal, wenn wir mehr sind!)

Wir können daher erst zu einem späteren Zeitpunkt abstimmen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir wären bereit! – Inge Aures (SPD): Wir sind da!)

- Ich auch, Frau Kollegin. - Ich möchte noch bekannt geben, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8936, 17/8937 und 17/8939 bis einschließlich 17/8941 sowie 17/8953 und 17/8954 in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u. a. (SPD)
Verlängerung des Erbbaurechts für die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld (Drs. 17/8075)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Als Erster hat Herr Kollege Dr. Kränzlein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag geht es nicht nur um ein kleines regionales Anliegen, sondern es geht um die Frage, wie wir mit staatlichen Grundstücken umgehen, die bereits mit Wohnungen bebaut sind und sich im Besitz von anderen Trägern befinden. Es geht darum, wie wir überhaupt mit Grundstücken, die dem Wohnungsbau zugeführt werden sollen, umgehen wollen. Wir können dies sehr gut an dem interessanten Beispiel der Baugenossenschaft Oberwiesenfeld diskutieren. Diese Wohnungsbaugenossenschaft feiert in Kürze ihr hundertjähriges Bestehen. Sie hat im Jahre 1918, in einer Notlage nach dem Ersten Weltkrieg, ein großes Grundstück des Freistaates Bayern erhalten, um der damaligen Wohnungsnot zu begegnen.

In einem Geviert in Schwabing im Bereich der Ackermannstraße und der Deidesheimer Straße wurde ein Wohnblock mit 169 Wohnungen gebaut, der heute zu einem Viertel von Staatsbediensteten bewohnt wird. Die Durchschnittsmiete in diesem Geviert liegt bei 7,40 Euro, was für München geradezu sensationell ist. Bei Alt-Wohnungen liegt die Miete bei 4 Euro. Bei einem Neubezug und einer Totalsanierung im Wert von 100.000 Euro liegt der Mietpreis bei 9,90 Euro.

Diese Erbpacht läuft nun aus. Die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld will ihr Grundstück und diese Wohnanlage behalten und weiterführen. Deshalb möchte sie eine Verlängerung der Erbpacht erreichen. Die Verhandlungen mit der IMBY sind gelaufen und waren eigentlich positiv. Die CSU hat jedoch über das Finanzministerium im Haushaltsausschuss einen Stopp verfügt. Der Finanzminister will keine Erbpacht-Verlängerung und auch keinen Verkauf des Grundstücks an die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld zu einem verträglichen Preis. Der Freistaat will dieses Wohnbau-Projekt an sich ziehen und die Anlage in der Zu-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.11.2015 **Drucksache 17/9660**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**8939**

Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Absatz 1 wird nach dem Wort „um“ das Wort „voraussichtlich“ eingefügt und das Wort „bevorzugt“ durch die Wörter „auch künftig“ ersetzt.

2. Die Absätze 3 und 4 werden gestrichen.

Berichterstatter: **Bernhard Roos**
Mitberichterstatter: **Eberhard Rotter**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 39. Sitzung am 26. November 2015 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Martin Stümpfig
Stellvertretender Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 02.02.2016 **Drucksache 17/9870**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**8939**, 17/**9660**

Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die um voraussichtlich 92,6 Mio. Euro auf nunmehr 1.224,0 Mio. Euro gestiegenen Regionalisierungsmittel neben den bisher formulierten und weiterhin gültigen Schwerpunktausgaben auch künftig für die bessere Vernetzung des Schienenpersonenverkehrs mit dem Öffentlichen Personenverkehr zu investieren.

Dazu gehören die intelligente und auslastungsabhängige Kombination – etwa in puncto Fahrpläne – des schienengebundenen Verkehrs mit dem Straßenverkehr per Bus, Kleinbus und Sammeltaxis sowie die intermodulare Gestaltung von Haltestellen mit dem Fokus auf Parkplätze und Fahrradnutzung.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Alle Fraktionen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Regelung zur Berücksichtigung der Dyskalkulie gefordert!
Drs. 17/1619, 17/9744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz in der bayerischen Förderpolitik
Drs. 17/8205, 17/9658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schienennahverkehrsplan endlich fortschreiben
Drs. 17/8397, 17/9659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Förderung und Beratung zur Reduktion der Milchmenge einsetzen
Drs. 17/8642, 17/9752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

5. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Erwin Huber, Eberhard Rotter u.a. CSU
Brutto- statt Nettovertrag für die S-Bahn München
Drs. 17/8671, 17/9661 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verankerung einer verpflichtenden Sperrklausel bei Europawahlen im Europarecht verhindern!
Drs. 17/8689, 17/9743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Asylsozialarbeit in Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen
Drs. 17/8690, 17/9707 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprengstoff-Suchgeräte
Drs. 17/8762, 17/9740 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Ruth Müller u.a. SPD
Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Sprengstoffsuchgeräte am Münchner Flughafen
Drs. 17/8807, 17/9739 (E) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Die CSU-Fraktion hat gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport der Abstimmung zugrunde zu legen.

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen!
Drs. 17/8939, 17/9660 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren
Drs. 17/8940, 17/9751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden − Reaktivierungen ermöglichen
Drs. 17/8953, 17/9662 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reduktion der Schäden durch Schwarzwild − Schonzeiten für Keiler aufheben
Drs. 17/9059, 17/9753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster u.a. SPD
Technische Fakultät der FAU weiterentwickeln!
Drs. 17/9085, 17/9741 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg,
Petra Guttenberger u.a. CSU
Bayern digital: Eine Chance für alle Menschen
Drs. 17/9106, 17/9663 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter,
Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Voraussetzung für Automatisiertes Fahren schaffen – Anforderungen an die Straßeninfrastruktur abklären
Drs. 17/9112, 17/9664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Bezahlbarer Wohnungsbau: Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz neu konzipieren und auf wirtschaftlich tragbare Anforderungen zurückführen
Drs. 17/9154, 17/9665 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller,
Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten
Drs. 17/9230, 17/9666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparente Offenlegung der gesamten Standardisierten Bewertung zum geplanten 2. S-Bahn Stammstreckentunnel
Drs. 17/9232, 17/9670 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Freiberufliche Struktur bei Architekten und Bauingenieuren erhalten
Drs. 17/9259, 17/9668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z